P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr
der Stadt Georgsmarienhütte vom 20.03.2023
Rathaus, Oeseder Straße 85, Sitzungsbereich im Erdgeschoss,

Anwesend:

Vorsitz

Beermann, Volker

Mitglieder

Sprekelmeyer, Stephan

Bölscher, Johannes

Büter, Rainer

Dierker, Heinz

Kir, Emine

Lietzke, Fabio

Lorenz, Robert

Steinbrink, Tanja

Többen, Reinhard

Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich

für Arne Müller

Wallenhorst, Sandra

Weckermann, Irina

Verwaltung

Herzberg, Alexander

Krieger, Malte

Möllenkamp, Andreas

Baumann, Jörg

Otten, Niklas

Wiegers, Britta

Protokollführung

Kocnev, Anna

Fehlende Mitglieder

Müller, Arne

vertreten durch Heinrich
Trimpe-Rüschemeyer

Beginn: 18:15 Uhr

Ende: 21.37 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 12/22 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 12.12.2022.
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Vorstellung des Bauzeitenplanes der Baugebiete Südlich Schulzentrum und Südlich Panoramabad durch die IPW und die NLG
3.2.	Bekanntmachung der Satzungsbeschlüsse Baugebiete "Südlich Schulzentrum" und "Südlich Panoramabad"
3.3.	Planung "Martin-Luther-Straße"
3.4.	Aktuelle Übersicht über die laufenden und geplanten Projekte der Abteilung Stadtplanung
3.5.	Umgestaltung der Knotenpunkte „Bolte- Haus“ und „Peter und Paul“ zu Kreisverkehrsplätzen- Antrag der CDU-Fraktion
4.	Konzeptbeschluss Innenstadtkonzept Vorlage: BV/032/2023
5.	KiTa-Standort aufgrund der Baugebiete "Südlich Panoramabad" und "Südlich Schulzentrum"/ Standort einer KiTa in Modulbauweise Vorlage: BV/212/2022/2
6.	Bebauungsplan Nr. 107 "Ortskern Oesede-Ost" - 3. Änderung - Abwägung und erneuter Entwurfsbeschluss Vorlage: BV/026/2023
7.	Bebauungsplan Nr. 270 "Wiesenbach" - ergänzendes Verfahren gemäß § 214 Abs. 4 BauGB - ganzheitliche Abwägung - Satzungsbeschluss Vorlage: BV/028/2023
8.	Bebauungsplan Nr. 296 "Dröper Mitte" - Entwurfsbeschluss und Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange Vorlage: BV/030/2023
9.	Beantwortung von Anfragen
9.1.	Infokampagne Verkehrssicherheit
9.2.	Kontakt- und Beteiligungswege für Maßnahmen an den Straßen
9.3.	Fußweg südlich „Am Kiefernhang 12“
9.4.	Neuanpflanzungen von Junggehölzen

- 10. Anfragen
- 10.1. Friedhofsbrücke in Kloster Oesede
- 10.2. Verkehrsberuhigung der Straße "zur Waldbühne"
- 10.3. Anfragen zu "Holzhausen"
- 10.4. Planung der Parkanlage in Holzhausen
- 10.5. Verkehr am Spielplatz an der oberen Findelstätte in der Höhe der Hausnummer 47
- 10.6. Rechts vor Links-Regelung Richtung Egge
- 10.7. Poller Eisenbahnstraße in Oesede

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Beermann eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Vorstellung des Bauzeitenplanes der Baugebiete Südlich Schulzentrum und Südlich Panoramabad durch die IPW und die NLG

Herr Mönning vom Ingenieurplanungsbüro IPW stellt den Zeitplanung für die Erschließung der Baugebiete „Südlich Schulzentrum“ und „Südlich Panoramabad“ vor.

IPW plant im Auftrag der NLG die zuvor genannten Baugebiete.

Es sei bereits mit der Vorplanung begonnen worden. Im Zuge der Vorplanung hätten eine Baugrunduntersuchung und eine topografische Vermessung zu erfolgen. Der Auftrag für die Baugrunduntersuchung sei vergeben worden. Die Vermessung sei bereits erfolgt. Die Vorplanung werde im Mai 2023 abgeschlossen. Im Anschluss erfolge die Entwurfsplanung, die im Oktober 2023 fertiggestellt werde. Alle Planungsphasen erfolgten in Abstimmung mit

der Stadt, den Stadtwerken und der NLG. Im Anschluss an die Entwurfsplanung folge die Genehmigungsplanung, die im konkreten Fall nur für das wasserwirtschaftliche Konzept erforderlich sei. Eine Genehmigung solle im Dezember 2023 vorliegen. Des Weiteren erfolge die Ausführungsplanung. Diese solle bis April 2024 fertiggestellt werden. Im September 2024 sollen die Bauleistungen ausgeschrieben werden. Die Fertigstellung des Baugebietes sei für Mitte 2027 geplant.

Ratsherr Sprekelmeyer ist irritiert. Er habe sich eine Erläuterung für die Verzögerung erhofft. Die Planungen seien bereits 2016 aufgenommen worden. Die Fertigstellung sei für 2024 geplant gewesen. Er verstehe nicht, warum sich das nun bis 2027 ziehen solle.

Herr Meyer von der NLG erläutert, dass der Ankauf erst 2018 erfolgt sei, sodass im Jahr 2016 noch keine Planungen stattgefunden haben könnten. Für die Planung eines Baugebietes der Größenordnung würden in der Regel zwei bis drei Jahre benötigt.

Es sei ein Arbeitskreis für die Planung des Baugebietes gegründet worden, der vorab die Ziele für die Planung formuliert habe. Aufgrund nicht vorhandener Entscheidungen wie z. B. zu den Themen Geschossigkeit und Energieformen, resultierten die Verzögerungen. Der Bebauungsplan sei erst in der vergangenen Woche rechtskräftig geworden. Nach der ursprünglichen Planung sollte der Bebauungsplan bereits im Jahr 2021 rechtskräftig werden. Dadurch sei eine Zeitverzögerung von zwei Jahren entstanden. Zusätzlich habe die Vorplanung vier Jahre gedauert, anstatt – wie zunächst angenommen – zwei Jahre.

Für die Vergabe der Planungsleistungen sei aufgrund der hohen Kostenschätzung eine europaweite Ausschreibung erforderlich gewesen. Die Ausschreibung sei von einem externen Rechtsberater begleitet worden. Aus Sicht von Herrn Meyer lägen alle erforderlichen Voraussetzungen vor, um den vorgestellten Zeitplan einzuhalten. Herr Meyer empfiehlt, mit der Vermarktung nach der Fertigstellung zu beginnen, damit die Käufer sich die Grundstücke vor Ort anschauen könnten.

Erster Stadtrat Herzberg geht auf die von der GfG und der CDU eingereichten Anfrage ein. In der Anfrage beziehe man sich auf die Präsentation aus Dezember 2021. Es handele sich um eine Aufstellung der Projekte. Zu dem konkreten Projekt hieße es dort, dass eine europaweite Ausschreibung vorbereitet werde. Im Jahr 2021 wäre es in keiner Weise möglich, mit der Ausschreibung zu beginnen. Als Fertigstellungstermin sei dort 07.2024 genannt worden. Schon 2021 sei klar gewesen, dass dieser Zeitplan nicht eingehalten werden kann.

Ratsherr Sprekelmeyer antwortet, dass die Ausführungen vom Ersten Stadtrat Herzberg so stimmen mögen. Dennoch habe die Politik stets die Information gehabt, dass „die Bagger“ Ende 2024 rollen können. Nun verschiebe sich die Baureife auf Ende 2027. Er fragt, warum der Fachausschuss nicht über die Verzögerung informiert worden sei. Das findet Ratsherr Sprekelmeyer schwierig.

Erster Stadtrat Herzberg kann die Frage heute bezogen auf den damaligen Zeitpunkt nicht beantworten. Er sei mit den Aussagen zur Zeitplanung stets zurückhaltend gewesen. Er habe kürzlich verkündet, dass in den nächsten Jahren keine Vermarktung stattfinden könne. Es sei bedauerlich, dass die damals optimistisch aufgestellte Zeitplanung nicht eingehalten werden konnte.

3.2. Bekanntmachung der Satzungsbeschlüsse Baugebiete "Südlich Schulzentrum" und "Südlich Panoramabad"

Die Satzungsbeschlüsse zu den Bebauungsplänen Nr. 285 „Südlich Panoramabad“ und Nr. 288 „Südlich Schulzentrum“ wurden am 15.03.2023 im Amtsblatt öffentlich bekanntgegeben. Beide Bebauungspläne sind am Tage ihrer Bekanntmachung inkraftgetreten. Eine Hinweisbekanntmachung wird in Kürze folgen.

3.3. Planung "Martin-Luther-Straße"

Die Planung wurde bereits als Mitteilung in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22.02.2023 präsentiert.

Mit der Beschlussvorlage BV/151/2021 wurde im Ausschuss für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 19.07.2021 und im Verwaltungsausschuss am 28.07.2021 die Planung zur Umgestaltung der Martin-Luther-Straße vorgestellt und die Beantragung von Fördermitteln im Rahmen der Dorfentwicklung beschlossen.

Der erste Entwurf (alt) wurde überarbeitet und den Randbedingungen in Bezug auf Baugenehmigung und Umfeldgestaltung sowie der Aufstellflächen für die Feuerwehr im Bereich des Paul-Gerhard-Heims angepasst (neu). Des Weiteren wurde auch die Gesamtanzahl der Parkstände dahingehend optimiert.

Die Eigentümergemeinschaft der angrenzenden Mehrfamilienhäuser im Norden hat sich nun dazu bereiterklärt, den 1,5 m breiten Streifen an die Stadt Georgsmarienhütte zu verpachten, so dass die Planung umgesetzt werden kann.

Ein weiterer Unterschied ist, dass nun die Richtung der Einbahnstraße nicht geändert werden soll, wie es bei dem ersten Entwurf geplant war.

3.4. Aktuelle Übersicht über die laufenden und geplanten Projekte der Abteilung Stadtplanung

Eine aktuelle Übersicht, mit den laufenden und geplanten Projekten der Abteilung Stadtplanung wird dem Protokoll beigefügt

3.5. Umgestaltung der Knotenpunkte „Bolte- Haus“ und „Peter und Paul“ zu Kreisverkehrsplätzen- Antrag der CDU-Fraktion

Die Verwaltung der Stadt Georgsmarienhütte hat auf Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 15.10.2022, auf Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 14.11.2022 und auf Beschluss des Verwaltungsausschusses am 23.11.2022 eine Stellungnahme zu der vorliegenden Situation verfasst und auf Grundlage dieser Kontakt zu dem Straßenbaulastträger aufgenommen.

Die Stellungnahme des Straßenbaulastträgers liegt nun vor.

Bei den bestehenden lichtsignalisierten Knotenpunkten am „Bolte-Haus“ und an der Kirche „Peter und Paul“ gibt es keine Auffälligkeiten in Bezug auf die Verkehrssicherheit und den Verkehrsfluss.

Lichtsignalanlagen können durch Detektoren auf Änderungen im Verkehrsstrom reagieren, dieses ist bei Kreisverkehren nicht möglich.

In Bezug auf die Verkehrssicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer sind lichtsignalisierte Knotenpunkte sicherer als Kreisverkehre.

Als Innerortskreisverkehre wären diese mit Zebrastreifen und Radfahrerfurten auszustatten, was ggf. die Leistungsfähigkeit und die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer reduzieren würde.

Beide Aspekte müssten seitens der Stadt Georgsmarienhütte detailliert ausgeleuchtet und die bestehenden Bedenken ausgeräumt werden, wenn die Stadt eine Zustimmung der Landesbehörde erhalten will.

Gleichzeitig soll in einer zu erstellenden Verkehrsuntersuchung auch die Variante „Lichtsignalanlage an der westlichen Anschlussstelle“ mitbetrachtet werden. Mikroskopische Verkehrssimulationen mit Hilfe von VISSIM oder vergleichbaren Programmen sind hier durchzuführen.

Eine finanzielle Beteiligung des Landes bei der Planung oder dem Bau der Kreisverkehre ist schon allein mangels eines bestehenden dringenden Handlungsbedarfes ausgeschlossen.

Der im Saal anwesende Herr Frankenberg fragt, ob eine Skizze zu der geplanten Maßnahme vorliege.

Vorsitzender Beermann antwortet, dass akut nichts geplant sei. Es bestünden Überlegungen, an den oben genannten Punkten Kreisverkehre einzurichten. Nun würde hier die Stellungnahme der zuständigen Straßenbaulastbehörde vorliegen.

Erster Stadtrat Herzberg macht deutlich, dass der Landesstraßenbaubetrieb keinerlei Kosten übernehmen werde. Auch in dem Fall nicht, wenn die Bedenken ausgeleuchtet und ausgeräumt werden. Es müsste eine mikroskopische Verkehrssimulation in Auftrag gegeben werden, die belegen würde, dass die Situation sich verbessern würde. Erst dann dürfen die Maßnahmen nach Zustimmung des Landesbetriebes auf eigene Kosten umgesetzt werden. Die Zustimmung erfolge nur, wenn deren Bedenken ausgeräumt werden.

Herr Baumann stellt klar, dass auch der westliche Kreisel als eine Lichtsignalanlage untersucht werden müsste.

4. Konzeptbeschluss Innenstadtkonzept Vorlage: BV/032/2023

Erster Stadtrat Herzberg erläutert, dass der Einbezug der Bürger*innen in die Konzepterstellung ein Teil der Beauftragung gewesen sei.

Die Bürger*innen seien unter anderem digital über die „wikimap“ beteiligt worden. Zudem habe ein Treffen, zu dem öffentlich eingeladen wurde, im September 2022 stattgefunden. Im Rahmen des Treffens hätten die Bürger*innen über die eingebrachten Ideen und Anregungen diskutieren und mitwirken können. Die Öffentlichkeit sei somit über den größten Teil der Konzeptionierungsphase einbezogen worden. Die Öffentlichkeit sei sogar mehr als die Politik beteiligt worden. Das sei so vorgesehen gewesen. Weitere Mitwirkungsmöglichkeiten bestünden nicht. Über die Projekthomepage ist weiterhin eine Beteiligung möglich.

Nun sei das Konzept fertig und werde von den Vertretern der Firma „CIMA“ vorgestellt. Das Gesamtprojekt müsse bis Ende des Monats abgeschlossen werden, so die Vorgabe des Fördermittelgebers.

Frau Wiegers ergänzt, dass in dem Zeitraum vom 21.11. bis zum 4.12. eine Bürgerbeteiligung im Onlineformat stattgefunden habe. Im Rahmen der Beteiligung hätten die Bürger*innen eine Stellungnahme zu den ausgewählten Projekten abgeben können.

Die Information, dass keine abschließende Bürgerbeteiligung stattgefunden habe, sei falsch.

Ratsfrau Weckermann ist davon ausgegangen, dass die heutige Veranstaltung eine ratsoffene Sitzung sein sollte. Sie sei überrascht, dass das nur den Bauausschuss betreffe. Die Vorstellung eines solchen Konzeptes hätte im Plenum stattfinden können. Des Weiteren störe sie, dass die Fraktionen keine Fraktionssitzungen zu dem Thema gehabt haben. Sie sehe sich nicht in der Lage, eine vernünftige Stellungnahme dazu abzugeben. Sie sei ziemlich verärgert.

Ratsherr Sprekelmeyer führt aus, dass der letzte Sachstandsbericht Mitte letzten Jahres vorgestellt worden sei. Zu dem Zeitpunkt sei der bewertete Maßnahmenkatalog noch nicht vorhanden gewesen. Er fragt, ob die Akteure, die sich aktiv eingebracht haben, auf die abschließende Online-Beteiligung aufmerksam gemacht wurden. Er schließe sich den Äußerungen von Ratsfrau Weckermann an.

Frau Wiegers antwortet, dass über die anstehende abschließende Beteiligung in Printmedien, online und im Rahmen des zuvor erwähnten öffentlichen Treffens informiert worden sei.

Ratsherr Trimpe-Rüschemeyer sieht die Situation anders. Die beauftragte Firma „CIMA“ habe ganz zu Anfang einen Zeitstrahl für die Abarbeitung des Auftrages vorgelegt und sich genau an ihre Angaben gehalten. Am Ende des Zeitstrahls stehe noch nicht mal, dass die Politik etwas beschließen müsse, es stehe lediglich, dass das Konzept vorgestellt werde. Das vorgelegte Konzept könne nicht mehr geändert werden. Das Konzept werde nur zur Kenntnis genommen, so laute auch der Beschlussvorschlag. Das Konzept solle lediglich eine Arbeits- und Entscheidungsgrundlage für die Verwaltung darstellen.

Die CIMA habe ihren Auftrag erfüllt.

Der im Saal anwesende Herr Korte bemängelt, dass der Bürgerschaft, die aktiv an der Erarbeitung des Konzeptes beteiligt gewesen sei, keine Möglichkeit eingeräumt worden sei, die Endergebnisse mitzudiskutieren.

Die Firma „CIMA“ stellt das Konzept vor. Die Präsentation ist dem Tagesordnungspunkt angehängt.

Ratsfrau Weckermann bedankt sich für die tolle Fleißarbeit, die die Firma „CIMA“ geleistet habe. Allerdings stelle dieses Konzept einen Schritt von vielen dar. Ihres Wissens nach sei die Stadt in den Planungen schon wesentlich weiter gewesen.

Die Fußgängerzone in der Oeseder Straße sei beispielsweise bereits im Jahr 1974 ein Thema gewesen. Seit 50 Jahren werde die Innenstadt der Stadt Georgsmarienhütte mit derselben Intention geplant. Es solle eine bessere Nutzbarkeit der Oeseder Straße erzielt werden, eine bessere Anbindung an die „alte Seilerei“ solle hergestellt werden und Vieles mehr. Diese Themen seien nicht neu. Nun habe sich das externe Büro „CIMA“ aus Hannover an die Themenstellungen gewagt. Ratsfrau Weckermann bemängelt, dass der Redner während des Vortrages zwischen den Begriffen „roter Platz“ und „Rathausplatz“ gewechselt habe. Dies sei ein Indiz dafür, dass er gar nicht so richtig im Thema sei.

In den Jahren 2016-2021 hätten ganz viele Workshops zu dem Thema „Innenstadt“ unter Beteiligung der Verwaltung, der Politik, der Eigentümer der Oeseder Straße, den ansässigen Geschäftstreibenden und der Citygemeinschaft stattgefunden. Die in dem aktuellen Konzept genannten Themen und andere Themen seien bereits viel ausführlicher und konkreter im Rahmen der Workshops behandelt worden.

Damals sei die Belebung der Oeseder Straße viel umfassender diskutiert worden. Es sei z. B. betrachtet worden, wie die Belebung der Oeseder Straße sich verkehrlich auswirken würde. Die Reduktion der Parkplätze würde z. B. zum Verkehrsdruck in der Graf-Stauffenberg-Straße und der Schoonebeekstraße führen. Es sei diskutiert worden, wie solche Situationen geklärt werden können. Aus diesem Grund sei die Firma „CIMA“ beauftragt worden, um konkrete Vorschläge zu erarbeiten. Es hätte z. B. verifiziert werden sollen, wo die Gastronomen in der Oeseder Straße die Außenbereiche nutzen könnten. Es sei die Frage der Erforderlichkeit eines Parkhauses im Falle der „Bespielung des Kirmesplatzes“ in den Raum gestellt worden. Die Anbindung an das neue Edeka-Center und gegebenenfalls dort zu treffende Verkehrsberuhigungsmaßnahmen hätten überprüft werden sollen. Die Anbindung an die Wellendorfer Straße hätte von einem Verkehrsplaner durchgecheckt werden sollen. All diese Punkte seien bereits zwischen 2016 und 2021 diskutiert worden.

Im Rahmen eines Wettbewerbsgewinns im Jahr 2014 oder 2015 sei eine Nachverdichtung auf dem Kirmesplatz vorgeschlagen worden. Diese habe bis auf die Parkplatzgestaltung breite Zustimmung gefunden.

Die Anbindung der Oeseder Straße an die „alte Seilerei“ funktioniere nicht, weil die Grundstücke nicht der Stadt gehörten. Daher sei überlegt worden, den öffentlichen Platz, den Kirmesplatz, zu nehmen. Die Kirmes sei in den Untersuchungen der Firma „CIMA“ kein Thema.

Ein weiteres Problem stelle die nach heutigen Maßgaben zu kleine Geschäftsflächen dar. Es sei bereits Gegensteuerungsmaßnahmen vorgeschlagen und diskutiert worden. Eine weitere Idee sei die Schaffung eines Platzes für ein oder mehrere Pop-Up-Stores gewesen. All diese Ideen hätten in dem hier vorliegenden Konzept konkretisiert werden sollen.

Vor dem Hintergrund der Neueröffnung des Aldi und des Umbaus des Edeka werde die Frequenz in der nahen Zukunft steigen. Um die Synergien nutzen zu können, müsse die Stadt konkretere Maßnahmen für die Wiederbelebung der Innenstadt ergreifen. Das vorliegende Konzept schlage keine konkreten Maßnahmen vor.

Die Fraktion der Grünen sei enttäuscht.

Ratsherr Trimpe-Rüschemeyer glaubt, dass die Erwartungshaltung zu hoch war. Das Konzept solle zur Kenntnis genommen werden, und die Stadt solle an einigen von Ratsfrau Weckermann genannten Punkten weiterarbeiten. Die Stadt müsse tätig werden. Der Beschluss solle wie vorgeschlagen gefasst werden, damit die Stadt die zugesagten Fördermittel bekommt.

Ratsherr Sprekelmeyer bedankt sich für das Konzept. Die Straßen- und Verkehrssituation sei sehr ausführlich behandelt worden. Ihm fehle die Betrachtung des Kirmesplatzes. Die Kirmes sei für Georgsmarienhütter etwas Besonderes und bedürfe näherer Betrachtung. Auch das Thema „Wochenmarkt“ müsse deutlich ausführlicher beleuchtet werden.

Er fragt, wie es nach dem Beschluss des Konzeptes weitergehen soll. Er fragt, ob die im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen gesondert beschlossen werden müssten, bevor es in die Umsetzung gehe.

Vorsitzender Beermann gibt den Vorsitz an Ratsherrn Sprekelmeyer für eine Wortmeldung ab.

Ratsherr Beermann konstatiert, dass jeder Mensch die persönliche Erwartungshaltung zum Maß aller Dinge mache.

Im September 2021 seien alle vorliegenden Konzepte von Frau Wiegers recht ausführlich dargelegt worden. Die Umsetzung der Konzepte sei letztendlich daran gescheitert, dass die Politik keine entsprechenden Beschlüsse gefasst habe. Ein gutes Beispiel sei der „rote Platz“. Im Jahr 1974 sei über die Fußgängerzone diskutiert, im Jahr 1990 jedoch der Beschluss gefasst worden, die Oeseder Straße zu sanieren. Die Anbindung an die „alte Seilereii“ sei sehr sinnvoll. Das hier nichts passiert sei, stimme nicht ganz. Es sei z. B. die Dütebrücke gebaut worden.

Im September 2021 sei beschlossen worden, dass eine Zusammenfassung und nicht die detaillierte Planung auszuarbeiten sei. Der Auftrag sei es gewesen, eine Abgleichung der verschiedenen Planungen vorzunehmen und dabei die Bürger*innen einzubeziehen. Das würde heute vorgelegt. Das Konzept stelle eine Art Leitbild dar.

Was daraus gemacht würde, liege an der Verwaltung und dem Rat.

Ratsherr Bölscher erinnert an den Beschluss, der im November letzten Jahres gefasst worden sei. Dort hieße es, dass die beiden Knotenpunkte „Boltehaus“ und „Peter und Paul“ in das Innenstadtkonzept integriert und mitbetrachtet werden sollten. Auf Anfrage hätte er die Antwort bekommen, dass dies aufgrund der fortgeschrittenen Konzeptphase nicht mehr möglich sei. Er fragt, warum dann ein entsprechender Beschluss gefasst worden sei.

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass für die Umgestaltung der Knotenpunkte ein Verkehrsgutachten erforderlich sein würde. Daraufhin sei die Idee aufgekommen, das Gutachten im Rahmen des Innenstadtkonzeptes in Form einer Nachbeauftragung zu erstellen. Die Verwaltung sei an die „CIMA“ herangetreten und habe nachgefragt. Die „CIMA“ antwortet, dass dies nicht möglich sei, da die Knotenpunkte nicht im Fördergebiet lägen. Außerdem sei die Verkehrsuntersuchung zum Zeitpunkt der Anfrage bereits abgeschlossen gewesen. Eine Untersuchung sei nur mit einem neuen Auftrag möglich gewesen, was der Stadt kostentechnisch nicht geholfen und den anderen Auftrag verzögert hätte. Die Stadt habe sich daraufhin an den Straßenbaulastträger gewandt, um zu erfragen, unter welcher Prämisse eine Umgestaltung möglich wäre.

Der im Saal anwesende Herr Viehoff (Ehrenamtslotse) fragt, ob die Arbeit für „CIMA“ heute Abend zu Ende sei.

Herr Schmidt antwortet, dass der Auftrag zunächst erledigt sei und die Arbeit für „CIMA“ heute Abend zu Ende wäre. Über weitere Aufträge würde sich die „CIMA“ freuen. In einigen Projekten werde es für die Stadt weitergehen. Er regt an, bei der genauen Ausarbeitung der Projekte die Beteiligungen gezielter (z.B. zielgruppenspezifisch) zu gestalten.

Herr Viehoff führt aus, dass die Bürger*innen die entscheidenden Personen in der Stadt seien. Er bedauere, dass die abschließende Beteiligung online durchgeführt worden ist. Die Informationen zu dieser Art Beteiligungen sollten künftig breiter gestreut werden. Er wünsche sich eine ordentliche Weiterführung der behandelten Themen und eine ordentliche Bürgerbeteiligung.

Ratsherr Lorenz führt aus, dass im Konzept gesagt werde, dass der Wochenmarkt einen hohen Stellenwert für die Stadt habe. Dies sei richtig. Auf Seite 32 käme die Aussage, dass der Wochenmarkt auf dem Rathausplatz bleiben solle, weil sich der Standort bewährt habe. Er fragt, woher die Firma „CIMA“ die Erkenntnis habe, dass der Standort sich bewährt habe.

Herr Schmidt antwortet, dass die Erkenntnis aus den Beteiligungsschritten resultiere. Konkret habe man die Marktsteller befragt und ist zu der Erkenntnis gekommen, dass der Platz sich bewährt habe. Positiv sei z. B. die aufgrund der Größe des Platzes gegebene Bewegungsfreiheit, die besonders in der Corona-Pandemie wichtig war, unterstrichen worden.

Ratsherr Lorenz antwortet, dass die Corona-Pandemie nun vorbei sei und die extreme Bewegungsfreiheit nicht mehr gebraucht werde. Die Marktbesucher störten sich an zwei Dingen: zum einen komme man auf dem Platz hinter dem Rathaus aufgrund der räumlichen Gegebenheiten nur in einer bestimmten Reihenfolge und zweitens müssten die Marktbesucher in den hinteren Bereich, wenn im vorderen Bereich eine Veranstaltung stattfindet.

Auf der S.86 mache die CIMA einen ganz tollen Vorschlag. Es werde vorgeschlagen, die Oeseder Straße zwischen der Schoonebeekstraße und der Klöcknerstraße niveaugleich aufzupflastern. So würde das „Stück“ einen Platzcharakter erhalten. Zudem solle die Oeseder Straße verkehrsberuhigt werden. Es solle eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 20 km/h eingeführt werden.

Früher habe man sich auf dem Wochenmarkt unter anderem zum Unterhalten getroffen. Heute sei es nicht mehr so. Viele Auswärtige, die früher gekommen seien, kämen nicht mehr, da der aktuelle Wochenmarkt keinen Flair biete. Im Sommer sei es auf der Asphaltfläche zu warm und im Winter ziehe es. Wäre der Wochenmarkt auf dem „roten Platz“ ausgeweitet auf die aufgepflasterte Oeseder Straße, so wäre es ein ganz großer Gewinn für Georgsmarienhütte. So einen Ansatz findet Ratsherr Lorenz in den Ausarbeitungen der Firma CIMA nicht.

Herr Schmidt macht auf den Projektsteckbrief „Rathaus als neue funktionale Mitte“ aufmerksam. Die CIMA empfehle, eine neue Wochenmarktkonzeption vorzunehmen. Die Konzepterstellung könne man in einem eigenen Prozess angehen. Im Rahmen eines

ganzheitlichen Konzeptes, wie das Innenstadtkonzept, könnten solche umfassenden Themen nicht eingehend betrachtet werden.

Erster Stadtrat Herzberg bestätigt, dass die Abfrage der Beschicker, gerade vor dem Hintergrund der gewachsenen Fahrzeuggrößen, eindeutige Ergebnisse lieferte. Zum jetzigen Zeitpunkt könne man nicht auf den „roten Platz“ zurück. Nach den vorliegenden Vorschlägen solle eine erhebliche Umgestaltung des Rathausplatzes erfolgen, sodass der Wochenmarkt dann nicht mehr auf einer „Asphaltwüste“ stehen würde. Die einzelnen Standorte seien dann erneut zu diskutieren.

Der im Saal anwesende Herr Wilde (Bürger) ist heute mit ganz anderen Erwartungen in die Sitzung gekommen. Er fragt, welchen Beschluss genau der Rat fassen müsse und welche Fördermittel und für welche Zwecke fließen würden.

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass der Rat grundsätzlich das Konzept nur zur Kenntnis nehmen müsse, ob zustimmend oder nicht spiele keine Rolle. Damit wäre das Projekt, sprich die Erstellung des Innenstadtkonzeptes, abgeschlossen und die Fördermittel könnten abgerufen werden. Darüber hinaus schlage die Verwaltung vor, dieses Konzept als Arbeits- und Beschlussgrundlage im Weiteren zu betrachten.

Ratsfrau Weckermann ist der Meinung, dass bevor die Verwaltung mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Bausteine starten könne, der Kirmesplatz von der Bevölkerung freigegeben werden müsse. Sie fragt, wie es nun mit der Kirmes weitergehen solle. Man könne den Kirmesplatz nicht bespielen, wenn die Bevölkerung sich nicht bereit erkläre, auf die Kirmes an dieser Stelle zu verzichten.

Erster Stadtrat Herzberg führt aus, dass die Gremien der Stadt politisch legitimiert seien. Der Rat sei von der gesamten Bevölkerung gewählt worden. Das Publikum, welches heute anwesend sei, stelle keinen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung der Stadt Georgsmarienhütte dar. In einer öffentlichen Versammlung könnten die Bürger*innen zu Wort kommen. Dennoch würden in solchen Veranstaltungen nicht alle Bevölkerungsgruppen erreicht werden können. In der Regel seien z. B. Migranten und Jugend bei solchen Veranstaltungen selten vertreten.

In Osnabrück gebe es ein sogenanntes Bürgerforum. In dieses wurde jedoch explizit der Querschnitt der Bevölkerung der Stadt einberufen.

Der demokratisch gewählte Rat müsse den Beschluss treffen.

Eine weitere Alternative sei die Initiierung eines Bürgerbegehrens oder eines Bürgervotums.

Vorsitzender Beermann geht auf das räumliche Leitbild ein. Es gehe um die Verbindung der größeren Grünfläche Friedhof und des Grünzugs Düte mit Entwicklungspotenzial. Die Kirmes werde weiterhin an dem Platz möglich sein. Es handele sich lediglich um ein Konzept und nicht um einen Bebauungsplan.

Ratsherr Trimpe-Rüschemeyer merkt kritisch an, dass die SPD vor ca. eineinhalb Jahren einen Antrag auf niveaugleichen Ausbau des „roten Platzes“ gestellt habe. Des Weiteren sei beantragt worden, dass der Wochenmarkt dort rund um die Platanen platziert werden solle. Die Grünen hätten den Vorschlag „abgebügelt“.

Vorsitzender Beermann ergänzt, dass der Antrag am 29.06.2000 abgelehnt worden sei.

Herr Lauxtermann (Bürger) versteht nicht, was hier für Prioritäten gesetzt würden. Die Kirmes sei schön, dennoch habe die Stadt andere Probleme. Er sei der Meinung, dass zunächst eine Budgetvorgabe gemacht werden müsse. Danach könne entschieden werden, welche Maßnahmen genau umgesetzt werden sollen.

Herr Thier (Bürger) fragt, wie teuer das Gutachten gewesen sei.

Herr Krieger antwortet, dass das Gutachten ca. 100.000 Euro gekostet habe.

Frau Wiegers führt aus, dass bei den ganzen Konzepten, die die Stadt bereits erstellen lassen habe, keine Bürgerbeteiligungen stattgefunden habe. Genau aus diesem Grund habe Frau Wiegers die Erstellung eines neuen Konzeptes unter Beteiligung der Bürger*innen sinnvoll erschienen. Sie lobt eine rege Beteiligung seitens der Bürger*innen und der Vereine. Sie würde sich freuen, wenn die Beteiligungsmöglichkeiten bei zukünftigen Projekten genauso gut angenommen werden würden.

Im Gesamtverfahren sei gefragt worden, was gut und was nicht so gut ist. Die Kirmes sei hierbei, anders als vermutet, nicht weit nach oben gekommen.

Vorsitzender Beermann merkt an, dass für die kommenden Jahre 500.000 Euro im Haushalt für die Umsetzung der Maßnahmen vorgesehen seien.

Ratsherr Trimpe-Rüschemeyer merkt an, dass in dem Bereich ein Bebauungsplan offen sei. Um weitere Planungen vorzunehmen, müssten die Festsetzungen im Bebauungsplan konkretisiert werden.

Frau Wiegers antwortet, dass der nächste Schritt wäre zu überlegen, welche Maßnahmen rund ums Rathaus umzusetzen seien. Erst dann würde der Bebauungsplan aufgestellt.

Herr Korte (Bürger) möchte wissen, ob die Meinung der Bürger*innen nun gefragt sei oder ob die Bürger*innen nur als lästig empfunden würden. Die Politik möge sich dazu positionieren.

Ratsherr Beermann gibt den Vorsitz an Ratsherrn Sprekelmeyer für eine Wortmeldung ab.

Ratsherr Beermann wünscht sich, dass bei weiteren Diskussionen der Aspekt „Kultur“ mitbedacht werde. Bei dem räumlichen Leitbild fehle ihm die „Achse“ im Spell. Dort befände sich eine ganze Reihe an Versorgungseinrichtungen. Zudem sei durch die Straße im Spell das Zentrum der Stadt gut angebunden.

Ratsfrau Wallenhorst spricht sich für eine vorgeschaltete Bürgerbeteiligung aus, nachdem ein erstes Projekt aus dem Katalog ausgesucht worden sei.

Ratsherr Trimpe-Rüschemeyer findet das Format der heutigen Diskussion gut. Für manche Punkte könne der Fachausschuss „mehr geöffnet“ werden.

Er schlägt vor, das vorgelegte Konzept zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Viehof fragt, wer denn nun mit den Bürger*innen rede, die Verwaltung oder die Politik.

Ratsherr Trimpe-Rüschemeyer weist darauf hin, dass die Fachausschusssitzungen stets öffentlich seien. Auch die Unterlagen dazu seien öffentlich einsehbar. Er fordert die Bürger*innen auf öfters herzukommen.

Ratsfrau Weckermann führt aus, dass die Politik so funktioniere, dass Fraktionen Anträge stellen (auch fraktionsübergreifend). Den Fraktionen werde vorgeworfen, dass keine Anträge gestellt würden. Dies sei auch schwierig, da der Fachausschuss ein Laiengremium sei. Es wäre schön, wenn die Öffentlichkeit bei der Besprechung der Anträge vertreten sein würde.

Herr Viehoff führt aus, dass die Politiker die Bürger*innen mitnehmen müssten, da sie die gewählten Vertreter seien. Er wünsche sich, dass Diskussionen veranlasst würden, in denen die Politiker die tatsächlichen Wünsche der Bürger*innen wahrnehmen. Unter den Bürger*innen gebe es zudem viele Experten. Der Austausch könne somit sehr hilfreich sein.

Ratsherr Lorenz schlägt vor, das Wort „zustimmend“ aus dem Beschlussvorschlag zu streichen.

Herr Lauxtermann (Bürger) hatte Schwierigkeiten, sich vor der heutigen Sitzung über das Konzept zu informieren. Er wünscht sich eine Optimierung der Informationsverteilung.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Vorsitzender Beermann lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende geänderte Beschlussempfehlung wird bei 13 Ja-Stimmen einstimmig gefasst:

Das Innenstadtkonzept wird zur Kenntnis genommen und als Arbeits- und Entscheidungsgrundlage der Stadt Georgsmarienhütte beschlossen.

**5. KiTa-Standort aufgrund der Baugebiete "Südlich Panoramabad" und "Südlich Schulzentrum"/ Standort einer KiTa in Modulbauweise
Vorlage: BV/212/2022/2**

Vorsitzender Beermann leitet in die Thematik ein.

Ratsherr Sprekelmeyer fragt, ob es möglich wäre, über die einzelnen im Beschlussvorschlag genannten Punkte abzustimmen.

Vorsitzender Beermann schließt die Möglichkeit nicht aus.

Ratsfrau Weckermann fragt, ob es schon irgendwelche Zahlen gebe. Sie hätte vorgeschlagen, ein Gebäude für KiTA und Krippe statt zwei getrennte zu bauen. Sie fragt, ob der Bau von einem Gebäude wesentlich günstiger sei.

Frau Wiegers antwortet, dass es auf Grund der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen sei, konkrete Zahlen zu ermitteln.

Vorsitzender Beermann ergänzt, dass sich die Fläche beim Zusammenlegen der KiTa und der Krippe auf ca. 3.800-4.000 qm reduzieren würde.

Frau Wiegers trägt in Anlehnung an die entsprechende Vorlage vor. Sie zeigt die Karte mit den einzelnen Standortvorschlägen. Vor drei Wochen habe eine Infoveranstaltung stattgefunden, in der jeder einzelne Standort ausführlich vorgestellt worden sei. Im Rahmen der Veranstaltung habe sich herauskristallisiert, dass die Bereiche „westlich der Minigolfanlage“ und „Michaelisschule“ von der Politik präferiert würden. Es seien zwei Alternativen diskutiert worden:

1. Zwei Gebäude mit jeweils KiTa und Krippe und zusätzlich eine KiTa in Modulbauweise, die eine Krippe beinhaltet **oder**
2. Zwei Standorte mit einem Gebäude, das KiTa und Krippe beinhaltet.

Ratsherr Trimpe-Rüschemeyer führt aus, dass einige der vorgeschlagenen Flächen nicht der Stadt gehören würden. Es müsse demnach primär die Frage beantwortet werden, ob die Stadt in Kaufverhandlungen mit den Eigentümern treten solle. Die Details könnten danach geklärt werden.

Ratsherr Sprekelmeyer präferiert einen anderen Standort als „westlich der Minigolfanlage“. Der Alternative mit der zusätzlichen KiTa in Modulbauweise könne er zustimmen.

Ratsfrau Weckermann und ihre Fraktion würden unter anderem die Idee von zwei Krippen-KiTa-Kombinationseinheiten (eine davon an der neuen Michaelisschule) unterstützen.

Ratsherr Büter ist der Meinung, dass die Informationsveranstaltung am 2.3. mehr als ausführlich gewesen sei und nun alle Informationen vorlägen. Es solle nun abgestimmt werden.

Der im Saal anwesende Herr Riesenbeck (Bürger) erhält das Wort. Der „grüne Finger“ solle nicht angeknabbert werden. Er erinnert an die am 4.11.1993 stattgefundene BUND-Sitzung. In der Sitzung sei es um die Umstrukturierung des Hüttenwerkes gegangen. An der Sitzung hätten 200 Personen teilgenommen. Unter anderem sei der technische Leiter der „Hütte“ Herr Dr. Höfer anwesend gewesen. Er habe auf den „grünen Finger“ extrem hingewiesen. Dieser gewährleiste nämlich die Frischluftzufuhr.

Wer den „grünen Finger“ anknabbert, werde in Versuchung geraten Weiteres zu tun. Aus diesem Grund sollten jegliche Maßnahmen in dem Bereich unterlassen werden.

Frau Wiegers antwortet, dass die heutige Beratung nicht die erste zu dem Thema sei. Es sei bereits ausgiebig diskutiert worden, weshalb eine Bebauung an der Stelle möglich sei. Die Frischluftschneise werde nicht tangiert.

Ratsherr Trimpe-Rüschemeyer stellt den Antrag, dass in der heutigen Sitzung nur über einen Standort und zwar „westlich der Minigolfanlage“ abgestimmt wird.

Bei drei Enthaltungen wird der Antrag einstimmig abgelehnt.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Vorsitzender Beermann lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss einigt sich, über alle Standorte abzustimmen ohne sich auf die Art der KiTa (Kindergarten, Krippenhaus, Modulbauweise) festzulegen. Es sollen zwei Standorte beschlossen werden.

1. Der Standort „östlich Sieben Quellen“ erhält 5 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen.
2. Der Standort Stadtring/Ecke Schauenroth erhält 13 Nein-Stimmen.
3. Der Standort nördlich Parkfriedhof erhält 13 Nein-Stimmen.
4. Der Standort Hundewiese erhält 13 Nein-Stimmen.
5. Der Standort westlich der Minigolfanlage erhält 6 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen.
6. Der Standort der alten Michaelisschule (jetziges Gelände) erhält 2 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen.
7. Der Standort östlich der neuen Michaelisschule erhält 11 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen.

**6. Bebauungsplan Nr. 107 "Ortskern Oesede-Ost" - 3. Änderung - Abwägung und erneuter Entwurfsbeschluss
Vorlage: BV/026/2023**

Frau Wiegers trägt in Anlehnung an die entsprechende Beschlussvorlage vor.

Der Landkreis habe in Bezug auf die Ableitung des Regenwassers Bedenken geäußert, deshalb sei zusätzlich der wasserwirtschaftliche Fachbeitrag erstellt worden.

Im braunen Bereich (auf der Karte) sei bislang ein Kerngebiet festgesetzt gewesen. Nun werde das Gebiet in ein urbanes Gebiet umgewandelt. Im rückwärtigen Bereich sei nichts geändert worden. Im vorderen Bereich könne für die Oeseder Straße ein Geschäft etabliert werden.

Ratsherr Sprekelmeyer begrüßt die Umwandlung in ein urbanes Gebiet. Auch dem Wunsch nach der leichten Verschiebung der baulichen Grenzen wegen des Sichtschutzes sei nachgekommen worden.

Vorsitzender Beermann geht die Abwägung durch. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Vorsitzender Beermann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 13 Ja-Stimmen einstimmig gefasst:

1. Die im Verfahren gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie die abgegebenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden unter Rücksichtnahme auf die privaten und öffentlichen Belange gegeneinander und untereinander gemäß dem Vorschlag der Verwaltung (Abwägungstabelle) behandelt und beschlossen.

2. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 107 „Ortskern Oesede-Ost“ – 3. Änderung wird mit den, aufgrund der Abwägung erforderlichen Änderungen und Ergänzungen, beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und erneute Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a Abs. 3 BauGB i.V. m. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen. Stellungnahmen sind auf die geänderten und ergänzten Bestandteile zu begrenzen.

**7. Bebauungsplan Nr. 270 "Wiesenbach" - ergänzendes Verfahren gemäß § 214 Abs. 4 BauGB - ganzheitliche Abwägung - Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/028/2023**

Frau Wiegers trägt in Anlehnung an die entsprechende Beschlussvorlage vor.

Im vorliegenden Fall hätte ein ergänzendes Verfahren durchgeführt werden müssen, da die Höhenfestsetzungen in dem bereits beschlossenen Bebauungsplan nicht ausreichend konkret festgesetzt gewesen seien. Es sei eine erneute Beteiligung, um den Bebauungsplan zu heilen, durchgeführt worden.

Vorsitzender Beermann geht die Abwägungstabellen durch.

Ratsherr Lorenz fragt, ob es sich bei den Kompensationsmaßnahmen in Holzhausen um die Aufforstungen aus dem Jahr 2002 handele.

Frau Wiegers antwortet, dass der Bebauungsplan hinsichtlich der Kompensationsmaßnahmen im Vergleich zum letzten Mal nicht geändert worden sei. Die Änderungen betreffen die Höhen und die Abfallsammelplätze.

Ratsherr Lorenz erwidert, dass es so nicht stimmen könne. Er weist auf die textlichen Festsetzungen Seite 8 hin. Auf der Seite davor sei ein anderes Grundstück als auf der Seite 8 eingezeichnet. Er fragt, was nun gelte.

Frau Wiegers antwortet, dass beides gelte.

Ratsherr Lorenz fragt daraufhin, ob es bereits im Jahr 2022 aufgeforstet worden sei oder – so wie es hier stehe – noch aufgeforstet würde.

Frau Wiegers kann die Frage akut nicht beantworten, da dies auch nicht der Gegenstand der heutigen Beratung sei.

Ratsherr Lorenz ist der Meinung, dass das noch beschlossen werden müsse. Die erste Änderung sei noch nicht beschlossen worden. Er möchte wissen, ob dort was aufgeforstet oder ob ein Rückgriff erarbeitet werde.

Frau Wiegers betont, dass das so – wie das damals beschlossen – übernommen worden sei. Man habe sich nur auf die Höhen und Abfallsammelplätze fokussiert.

Ratsherr Lorenz fragt, ob das dann in der ursprünglichen Fassung auch schon falsch gewesen sei.

Vorsitzender Beermann ergänzt, dass der Bebauungsplan im Jahr 2015 beschlossen worden und in der vorliegenden Fassung gültig sei. Es müssten nur die beiden zuvor genannten Aspekte beschlossen werden, damit der Bebauungsplan geheilt werden könne.

Ratsherr Lorenz möchte nur wissen, ob man hier an der Nase rumgeführt werde.

Herr Möllenkamp erläutert, dass man hier einen Bereich im Bebauungsplan habe, der zuvor mit dem Bebauungsplan Nr. 177 überplant gewesen und jetzt einer anderen Nutzung in Form eines Regenrückhaltebeckens zugeführt worden sei. Dafür sei ein Ausgleich im Bereich Holzhausen dargestellt. Deswegen habe man hier zwei unterschiedliche Bereiche. Einmal der, der für den Bebauungsplan Nr. 177 dargestellt sei und zusätzlich ein Plan, der für den Rest des Bereiches aus dem Bebauungsplan Nr. 270 gekommen sei. Die Kompensationsfläche, die man vorher in dem Bebauungsplan Nr. 177 gehabt habe, sei nun im Prinzip aufgelöst worden, da ein Regenrückhaltebecken umgesetzt worden sei. Die Flächen am Königsbach seien aufgeforstet.

Vorsitzender Beermann hält fest, dass Ratsherr Lorenz der Verwaltung unterstelle, dass diese unsauber arbeite. Er unterstütze die Vorgehensweise der Stadt in Bezug auf die Kompensationsmaßnahmen.

Ratsfrau Weckermann merkt an, dass die Verwendung des Wortes „wird“ eine Aufforstung der Zukunft suggeriere. Es sei ein Unterschied, ob man „ist aufgeforstet“ oder „wird aufgeforstet“ schreibe.

Frau Wiegers betont, dass das, was heute beschlossen werde, rückwirkend für 2015 beschlossen werde. Die Ausführungen erfolgten auf dem Stand von 2015.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Vorsitzender Beermann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 13 Ja-Stimmen einstimmig gefasst:

1. Die während der erneuten öffentlichen Auslegung zu den geänderten Bestandteilen gemäß § 4a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB sowie während der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gemäß dem Vorschlag der Verwaltung bewertet, behandelt und beschlossen.
2. Den Bebauungsplan Nr. 270 „Wiesenbach“ der Stadt Georgsmarienhütte einschließlich Begründung mit Umweltbericht wird unter Berücksichtigung der Entscheidungen aus 1. im Rahmen eines ergänzenden Verfahrens nach § 214 Abs. 4 BauGB i. V. m. §§ 1 Abs. 3 und 10 Abs. 1 BauGB sowie §§10 Abs. 1 und 58 Abs. 1 NKomVG rückwirkend als Satzung beschlossen

8. Bebauungsplan Nr. 296 "Dröper Mitte" - Entwurfsbeschluss und Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange
Vorlage: BV/030/2023

Frau Wiegers trägt in Anlehnung an die entsprechende Vorlage vor.

Im vorderen Bereich sei ein urbanes und im rückwärtigen Bereich ein Wohngebiet festgesetzt.

Die Verwaltung habe zusammen mit dem Investor eine Informationsveranstaltung für die Bürger*innen und insbesondere unmittelbare Nachbarn des neuen Hauses initiiert. In diesem Gespräch habe man sich darauf geeinigt, dass das Gebäude ein Stockwerk niedriger als ursprünglich geplant, gebaut werde.

Ratsherr Sprekelmeyer führt aus, dass die 15 Meter sich für ihn nicht erschließen würden. Seiner Rechnung nach (er gehe von der ursprünglich vorgelegten Planung aus) sollte das Gebäude ca. 15 Meter hoch werden. Nach einer Reduktion um ein Stockwerk sei das Gebäude nun 12 Meter hoch. 15 Meter seien zu viel.

Einem urbanen Gebiet mit einer Firsthöhe von 15 Metern könne er somit nicht zustimmen.

Frau Wiegers antwortet, dass der Investor sich in jedem Fall an die Zweigeschossigkeit halten müsse. Es bestünde die Möglichkeit, das Satteldach steiler auszubauen, als in der bisherigen Planung angedacht. Die steilere Dachneigung sei an die Umgebung angelehnt.

Ratsherr Sprekelmeyer antwortet, dass von den Bürgern*innen nicht gewollt sei, dass dort ein riesen Baukörper entstehe.

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass der Entwurf wie vorliegend beschlossen worden sei. Um diesen Entwurf umsetzen zu können, würden 15 Meter benötigt. Auch in der Beteiligung sei der Entwurf in vorliegender Form abgestimmt worden.

Ratsfrau Weckermann führt aus, dass Häuser mit Satteldächern grundsätzlich sehr hoch seien. In der Straße „Theodor-Storm-Weg“ seien die Häuser 11,5 Meter hoch, obwohl sie nur eingeschossig seien.

Sie fragt, ob die Stadt dem Investor auferlegen könne, eine Tiefgarage zu bauen.

Frau Wiegers antwortet, dass die Stadt grundsätzlich solche Vorgaben machen könne. Dann müsse jedoch eine Bodenuntersuchung durchgeführt werden. Bisher sei der Boden in dem Bereich nur auf wasserrechtlicher Ebene geprüft worden. Aus diesem Grund könne Frau Wiegers nicht sagen, ob eine Tiefgarage an der Stelle möglich sei.

Vorsitzender Beermann gibt den Vorsitz an Ratsherrn Sprekelmeyer für eine Wortmeldung ab.

Ratsherr Beermann führt aus, dass die Mehrheit sich für den reduzierten Entwurf ausgesprochen habe. Jedes Geschoss sei ca. 3 Meter hoch. Der Höhenbezugspunkt sei der höchste Punkt an der Straße. Die Festsetzung von 15 Metern würde auch ihn irritieren.

Ratsherr Büter führt aus, dass man sich im Rahmen der Infoveranstaltung auf eine Zweigeschossigkeit geeinigt habe. Eine Mehrheit sei jedoch gar nicht gefunden worden, es sei lediglich ein Votum abgefragt worden. Es seien leider nur zwei direkte Nachbarn anwesend gewesen. Eine Tiefgarage sei nie geplant worden. Dies sei nur ein Vorschlag der Grünen gewesen. Er ist der Meinung, dass der Investor sich an dem höchsten Gebäude an der Wellendorfer Straße orientiert und dieses als Bezugspunkt genommen habe.

Ratsherr Sprekelmeyer ist grundsätzlich für die Bebauung. Er bitte zu der kommenden Verwaltungsausschusssitzung zu klären, was es mit den 15 Metern auf sich habe.

Ratsfrau Weckermann ist der Meinung, dass der Investor bei Vorgabe einer niedrigeren Dachneigung nicht bauen würde. Durch eine geringere Dachneigung würde viel Wohnraum verloren gehen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Vorsitzender Beermann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 10 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gefasst:

1. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 296 „Dröper Mitte“ einschließlich Begründung und örtlichen Bauvorschriften wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit und der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 a BauGB i.V. m. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

9. Beantwortung von Anfragen

9.1. Infokampagne Verkehrssicherheit

Ratsherr Beermann fragt an, ob die Verwaltung z. B. in der lokalen Presse eine Infokampagne „Verkehrssicherheit“ in Zusammenarbeit mit der Polizei, Verkehrswacht und den Fahrschulen durchführen könne. Im Rahmen der Kampagne solle das Wissen über die Teilnahme am Straßenverkehr aufgefrischt oder vermittelt werden.

Antwort der Verwaltung:

Die Straßenverkehrsbehörde ist zuständig für die Anordnung von Verkehrszeichen und Straßenmarkierungen (soweit diese von der StVO definiert sind), folglich für die Verkehrssicherungsarbeit und nicht der Verkehrserziehung. Angesprochene Institutionen wie Polizei oder Verkehrswacht übernehmen bereits Präventionsarbeit, wie Verkehrsunterricht oder Rollerführerschein in Schulen, etc. Durch das Erlangen einer Fahrerlaubnisprüfung wird man eindeutig auf die Anforderungen bei der Teilnahme der Verkehrssicherheit vorbereitet.

Eine Infokampagne erfolgt daher nicht über die Stadt Georgsmarienhütte. Anlassbezogen (bei Änderungen einer Gesetzeslage, Neuordnung von Beschilderungen o. ä.) wird derartige ohnehin veröffentlicht.

9.2. Kontakt- und Beteiligungswege für Maßnahmen an den Straßen

Ratsherr Beermann fragt, welche Kontakt- und Beteiligungswege bei den Straßenmaßnahmen (Bsp. Rückschnitt an der B51) zu gehen seien. Die Verwaltung und Politik möchte bei Maßnahmen dieser Art stets informiert sein um gegebenenfalls reagieren zu können.

Antwort der Verwaltung:

Die Thematik des Gehölzschnittes wurde sowohl bei der für die Autobahn zuständigen Behörde als auch bei der für die Bundes- und Landesstraßen zuständigen Behörde angesprochen. Der von der Stadt Georgsmarienhütte praktizierte Weg, die für eine Pflege anstehenden Flächen im Internet darzustellen, wurde mit Interesse aufgenommen. Ob dieser Vorschlag aufgegriffen wird, bleibt abzuwarten.

9.3. Fußweg südlich „Am Kiefernhang 12“

Ratsherr Sprekelmeyer führt aus, dass der Fußweg südlich „Am Kiefernhang 12“ unten verschränkt sei. Diese Verschränkung sei entfernt worden, so dass eine Gefährdung für Kinder entstünde. Er fragt warum die Verschränkung entfernt worden sei und ob sie wiederaufgebaut werde.

Antwort der Verwaltung:

Die Umlaufsperre wurde auf Wunsch der Anlieger abgebaut, da sowohl eine behindertengerechte Durchfahrt als auch eine mit Kinderwagen nicht möglich war. Die Straße befindet sich in einer Tempo 30-Zone. Aufgrund der untergeordneten Verkehrsbedeutung der Straße und der geringen Verkehrsbelastung ist eine Gefahrensituation der Fußgänger mit dem Pkw-Verkehr deutlich herabgesetzt.

9.4. Neuanpflanzungen von Junggehölzen

Ratsfrau Weckermann führt aus, dass die Neuanpflanzungen auf den vom Sturm betroffenen Stellen aufgrund der Hitze eingegangen seien. Sie fragt, ob die Klimamanagerin nicht ein Konzept zu dauerhaften Bepflanzung der Flächen aufstellen könne. Es sei wissenschaftlich bewiesen, dass die Verschattung durch Stümpfe vom Totholz, wenn man diese stehen lasse, ca. 5 Grad Kühle bringen würde. Sie fragt, ob das Konzept nicht dahingehend angepasst werden könne, dass man das Totholz nicht mehr abräume, sondern stehen lasse. Das Jungholz gehe sonst nicht an und man brauche das.

Antwort der Verwaltung:

Auf städtischen Parzellen sind keine großflächigen Schäden durch Sturm entstanden.

Auf Flächen, die sich in Privatbesitz befinden, hat die Stadt keinen Einfluss.

Durch die fachliche Beratung des zuständigen Bezirksförsters der Landwirtschaftskammer Niedersachsen wird das Ziel eines nachhaltigen stabilen Mischwaldes auf Privatflächen angestrebt. Hierbei wird auch die Bedeutung von Totholzanteilen in der Fläche berücksichtigt. Eine Naturverjüngung wird auf Standorten, auf denen Pflanzen auslaufen, die dem Trockenstressrisiko gewachsen sind, einer Neupflanzung vorgezogen. Ggf. erfolgt auf diesen Flächen noch eine Ergänzungspflanzung mit entsprechend geeigneten Pflanzen. So wird ein Waldaufbau erreicht, der den klimatischen Anforderungen besser widersteht.

10. Anfragen

10.1. Friedhofsbrücke in Kloster Oesede

Ratsherr Bölscher fragt, wann die Friedhofsbrücke in Kloster Oesede fertiggestellt werde.

Antwort der Verwaltung:

Herr Krieger antwortet, dass die erforderlichen Gutachten vorlägen. Eine konkrete Zeitplanung liege jedoch noch nicht vor.

10.2. Verkehrsberuhigung der Straße "zur Waldbühne"

Ratsherr Bölscher führt aus, dass die KITA in Modulbauweise in Kloster Oesede sehr nahe an der Straße platziert sei, was eine Gefahr für die Kinder darstelle. Er fragt, ob die Straße „zur Waldbühne“ aus diesem Grund vorübergehend verkehrsberuhigt werden könne.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird an den Fachbereich II weitergegeben.

10.3. Anfragen zu "Holzhausen"

Ratsherr Bölscher habe vor einiger Zeit einige Anfragen zum Ortsteil Holzhausen schriftlich eingereicht. Er fragt, wann er mit einer Antwort rechnen könne.

Antwort der Verwaltung:

Herr Krieger antwortet, dass die Antwort zeitnah in schriftlicher Form erteilt werde.

10.4. Planung der Parkanlage in Holzhausen

Ratsherr Bölscher fragt, welches Büro für die Aufstellung des Bebauungsplanes Holzhausen-Mitte beauftragt worden sei.

Antwort der Verwaltung:

Frau Wiegers antwortet, dass das Büro „Flaßpöhler“ den Bebauungsplan erstelle. Das Büro arbeite jedoch mit Subunternehmern. Für die Verzögerung der Planungen sei aus dem Grund nicht das Büro „Flaßpöhler“ allein verantwortlich. Alle Gutachten lägen vor. Die Planung würden eventuell in der April-Sitzung des Fachausschusses vorgestellt.

10.5. Verkehr am Spielplatz an der oberen Findelstätte in der Höhe der Hausnummer 47

Ratsherr Sprekelmeyer führt aus, dass die Fahrweise der Verkehrsteilnehmer im Bereich des Spielplatzes an der Oberen Findelstätte in der Höhe der Hausnummer 47 sehr gefährlich sei. Er fragt, ob dort entsprechenden Verkehrsberuhigungsmaßnahmen eingeführt werden könnten.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird an den Fachbereich II weitergegeben.

10.6. Rechts vor Links-Regelung Richtung Egge

Ratsherr Lorenz fragt, ob im Bereich des Eschweges Richtung Egge, die Rechts-vor-Links-Regelung durch entsprechende Markierungen auf der Straße kenntlich gemacht werden könnte.

Antwort der Verwaltung:

Vorsitzender Beermann antwortet, dass die Markierungen bereits vorhanden seien. Die Verwaltung könne jedoch prüfen, ob die Markierungen erneuerungsbedürftig sind.

10.7. Poller Eisenbahnstraße in Oesede

Ratsherr Beermann führt aus, dass in der Eisenbahnstraße im Ortsteil Oesede am Übergang „unterer Gartbrink“ die Durchfahrt offiziell verboten sei. Früher hätten auch Poller in der Einmündung „Gartbrink“ gestanden. Das habe dazu geführt, dass der Gartenbetrieb, der dort gewesen sei, nicht vernünftig arbeiten können. Daraufhin sei die Absperrung abgeändert worden. Der Betrieb sei nun nicht mehr da. Er fragt, ob diese Poller wieder installiert werden könnten.

Ratsherr Sprekelmeyer ist der Meinung, dass der Gartenbetrieb noch einen Lagerraum in dem Bereich habe.

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung bereitet eine Antwort vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.37 Uhr und bedankt sich bei den Teilnehmenden für die Mitarbeit.

gez. Beermann
Vorsitz

gez. Krieger
i. A. Bürgermeisterin

Kocnev
Protokollführung